

Schuld an diesen Verhältnissen ist zum Teil die Überfüllung des Ärztestandes, die vor allem in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein unverhältnismäßig groß ist. Während in Bayern die Bevölkerung um 2 Millionen, das sind 30 Prozent, zunahm, wuchs die Zahl der Ärzte von 4856 auf 11887, das sind um rund 144 Prozent. Auf das Bundesgebiet gesehen ist der Zuwachs nicht ganz so groß. Einem Zuwachs von 8,2 Millionen der Bevölkerung (etwa 21 Prozent) entspricht ein solcher der Ärzte von 28000 auf 59420, das sind rund 113 Prozent. Bei diesen zunächst erschreckenden Zahlen darf man freilich nicht übersehen, daß die Arbeit der Ärzte durch verschiedene Umstände (Ansteigen der Bevölkerung, Zunahme der Krankheitsanfälligkeit, Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis) um 75 Prozent gestiegen ist. Das bedeutet, daß es in Westdeutschland nur etwa 6—7000 Ärzte zu viel gibt. Das Verhältnis der Gesamtärzte zur Bevölkerung ist in Westdeutschland 1:900, in England 1:800, wobei in England ein ausgesprochener Ärztemangel herrscht.

Entscheidender scheint darum die Not des Ärztestandes durch andere Umstände bestimmt zu sein.

Zwar gelang es der wissenschaftlichen Forschung, große Fortschritte zu machen. Krankheiten, die früher als unheilbar angesehen wurden, können heute geheilt werden. Trotzdem ist die Krankenziffer angestiegen (mindestens 25 Prozent). Die Krankheiten haben sich in andere Sphären verlagert, die der heilenden Hand des Arztes oft nur schwer zugänglich sind. Die durch seelische und nervöse Störungen bedingten organischen Erkrankungen verlangen eine viel eingehendere und sorgfältigere Behandlung von seiten des Arztes. Der kranke Mensch stellt sich als ein Individuum dar, das ganz persönlich umsorgt sein will. Das bedeutet rein äußerlich gesehen, daß der sozial versicherte Kranke heute den Arzt in mehr als 3, früher nur in 1,8 von vier Quartalen, beansprucht. Die pauschale Entlohnung des Arztes geschieht aber noch nach dem Behandlungsdurchschnitt der Jahre 1930/31. Dazu kommt, daß heute der Personenkreis der Versicherten mit 77 Prozent gegenüber 15 Prozent von ehemals beachtlich angestiegen ist. Es ist aber keineswegs so, daß die restlichen 23 Prozent wirtschaftlich gefestigt wären. Zu ihnen zählen vor allem die freien Berufe, die heute zum großen Teil sozial so schwach sind, daß sie die Prämien für eine Versicherung nicht aufbringen können, während auf der anderen Seite wirtschaftlich Gesicherte die Krankenkassen beanspruchen.

Wie sehr sich die Lage der Ärzte verändert hat, geht aus einer Aufstellung aus Hamburg hervor, nach der bei gleicher Arztzahl 1930 ein Arzt 6,67 RM pro behandelten Versicherten im Vierteljahr erhielt. 1951 dagegen bekam er nur mehr 4,30 DM, deren Realwert aber nur zirka 2,25 RM entspricht. Davon sind nun noch sämtliche Unkosten zu bestreiten (Auto, Sprechstundenhilfe usw.). Der Anteil des Arzteinkommens an den Einnahmen der Krankenkassen ist von 25 Prozent im Jahre 1932 auf etwa 19 Prozent im Jahre 1951 gesunken.

Ein weiteres Problem entsteht für den Kassenarzt aus der Bestimmung, daß er pro Versicherten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes einen bestimmten Durchschnitts-Arzneimittelverbrauch nicht überschreiten darf. Das wirkt sich besonders nachteilig bei neuen Medikamenten aus, die oft nur durch einen besonders komplizierten und darum teuren Herstellungsgang gewonnen werden. Das menschliche Problem, das sich hinter einer solchen Bestimmung verbirgt, kann zu den schwersten Belastungen eines gewissenhaften Arztes führen.

Es liegt zweifellos nicht nur im Interesse der Ärzte, sondern des gesamten Volkes, daß der bedenklichen Notlage vieler Ärzte abgeholfen wird.

*Die polnische Wissenschaft im Sog Moskaus.* In kommunistischen Staaten sind nicht nur Kanonen und Butter, sondern auch alle anderen Dinge bis zur Moral und zur Wissenschaft streng dem letzten Ziel untergeordnet. Wie sehr das auch im



neuen Polen der Fall ist, zeigte der „1. Kongreß der polnischen Wissenschaft“, der vom 29. 6. — 3. 7. 1951 in Warschau tagte, und über dessen Auswirkungen das Aprilheft 1952 der Zeitschrift „Osteuropa“ berichtet. Als äußeres Zeichen der völligen Neuorientierung löste der Kongreß die berühmte „Krakauer Akademie“ und die „Gelehrte Gesellschaft“ in Warschau auf und ersetzte sie durch eine nach sowjetischem Muster organisierte „Polnische Akademie der Wissenschaften“, in die nur Leute aufgenommen werden, die sich rückhaltlos dem Regime unterwerfen. Innerlich bedeutet das die Absolutsetzung des Dialektischen Materialismus als der allein zulässigen wissenschaftlichen Methode und Weltanschauung, die Bekämpfung und Ausmerzung aller „bürgerlichen Denkgewohnheiten“ der Vergangenheit; besonders ihre Weltoffenheit („Kosmopolitismus“) und ihr Streben nach Sachlichkeit („Objektivismus“) sind durch „proletarischen Patriotismus“ und „Parteilichkeit“ zu ersetzen. Nicht nur die technischen Wissenschaften, die unmittelbar dem neuen Sechsjahresplan dienen, sondern auch Biologie, Polonistik und Kunstgeschichte werden einer radikalen Reform unterzogen, die sie wesentlich von den entsprechenden „kapitalistischen“ Wissenschaften unterscheiden soll. Den Geisteswissenschaften wurde die Aufgabe gestellt, die beispiellose kulturelle Überlegenheit des Sowjetmenschen herauszuarbeiten, um dann durch geeignete Handbücher und ausgedehnte Vortragstätigkeit zur Heranbildung eines sowjetfreundlichen Nachwuchses praktisch beizutragen. Dabei beschwört man beständig die patriotischen Gefühle und verlangt, die „sklavische Abhängigkeit der polnischen Wissenschaft vom Westen“ endlich aufzugeben.

Das polnische Geschichtsbild wird völlig umgestaltet. Die alten Erbfeindschaften zwischen Rußland und Deutschland waren durch die feudalistischen und kapitalistischen Zeiten bedingt und sind durch die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung überholt (Westdeutschland wird dabei zur Zeit noch angenommen). Die Grenzverschiebungen von 1945, bei denen Ostpreußen und ein Drittel Polens an die Sowjetunion und Teile von Brandenburg, Pommern und Schlesiens an Polen gefallen sind, stellen angeblich die beste Gewähr für den künftigen Frieden dar, der aber nur durch engsten ideologischen und wirtschaftlichen Anschluß an den großen Freund und Bruder im Osten aufrechterhalten werden kann. Wie der polnische Pressedienst kürzlich berichtete, ist durch die großzügige und selbstlose Unterstützung von Moskauer Gelehrten gerade eine maßgebliche russische Darstellung der polnischen Geschichte fertiggestellt worden. Nach ihrer Übersetzung ins Polnische werden die einheimischen Historiker wissen, wie sie ihre Vergangenheit zu beurteilen haben, und die Öffentlichkeit wird daran ihre Vorstellungen von der Gegenwart und der Zukunft ihres Landes und der übrigen Welt umformen und ausrichten können.

*Rotchinas „Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie“.* Der Terror in China scheint von Monat zu Monat anzuwachsen und die Greuel der russischen Revolution bereits zu übertreffen. Vom 30. April — 30. September 1951 wurden allein in Schanghai 1742 politische Massenhinrichtungen öffentlich bekannt gegeben, bei denen jedesmal 200—300 Personen erschossen wurden. Eine Artikelreihe von R. Guillain in der Zeitung „Le Monde“ vermittelt auf Grund direkter Berichte aus Hongkong ein erschütterndes Bild. Die Gesamtzahl der Opfer geht auch nach Mitteilung des äußerst vorsichtigen „China Missionary Bulletin“ in die Hunderttausende, während ein Beitrag der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 4. 11. 51 die Zahl der Hingerichteten auf 1,2 Millionen und die der Verschleppten und zu Zwangsarbeit Verurteilten auf das Doppelte schätzt.

Eine kommunistische Zeitung in Schanghai („Wen Wai-Pao“) berichtet unter dem bezeichnenden Titel: „Wir müssen die Denunziationskampagne gegen kon-